

Budget 2024: Bildung, Forschung und Innovation werden doppelt bestraft



MICHEL MATTER // NATIONALRAT, MITGLIED DES POLITIKTEAMS FUTURE

Der Bundesrat informierte über seinen Plan, wie er den Bundeshaushalt ab dem Budget 2024 im Lot halten will. Der Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI) soll gleich doppelt bestraft werden.

Zum einen verzichtet die Landesregierung ab 2024 darauf, die Beteiligung der Schweiz am Rahmenprogramm «Horizon Europe» zu budgetieren. Damit plant sie Einsparungen von bis zu 600 Mio. Franken pro Jahr. Im Halbjahrestakt hatte die Regierung Ihren Willen für eine Assoziierung bekundet – nun gibt sie sich geschlagen. Der Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz wird aus der Programmgeneration Horizon Europe ausgeschlossen und verliert so während sieben Jahren Projekte, Netzwerke und Einfluss. Die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Hochschulen wird geschwächt.

Der Bundesrat fügt dem noch eine zweite Belastung hinzu: Er kündigt für 2024 Kürzungen in der Höhe von 2% an. Die Hochschulen müssen mit weniger Bundesmitteln planen, obwohl die Studierendenzahlen stärker wachsen als ursprünglich vorgesehen (siehe S. 3). Die Kürzungen bedeuten auch, dass die Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung im Jahr 2024 weniger Projekte finanzieren können. Dabei sollten sie doch die durch den Ausschluss aus Horizon Europe verursachten Verluste abfedern.

Der BFI-Bereich hat mit dem Budget 2024 viel zu verlieren. Das Jahr dient nämlich als Basis für die Finanzierung der Periode 2025–2028. Das Parlament wird handeln müssen, damit die Schweiz nicht an Attraktivität sowie Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit verliert.

S. 2

AUSBILDUNG VON LEHRPERSONEN

Kantonale Kompetenz, Durchlässigkeit und Qualität wahren

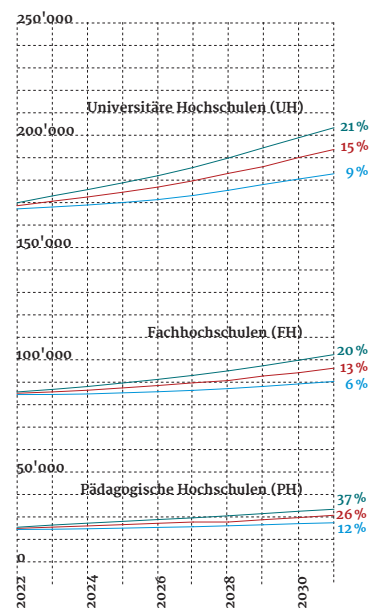
In der ersten Sessionswoche behandelt der Nationalrat vier Vorstösse seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N), die das Ziel haben, den Mangel an Lehrpersonen zu bekämpfen. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen, swissuniversities, bezweifelt, dass die in der Motion vorgeschlagene Abschaffung der Prüfung für Absolvierende einer Berufsmaturität für den Zugang zur Primarlehrpersonenausbildung den aktuellen Mangel nachhaltig mildern würde.

S. 3

FACTS & FIGURES

Entwicklung der Studierendenzahlen bis im Jahr 2031

Szenario hoch
Referenzszenario
Szenario tief



S. 4

HÖHERE BERUFSBILDUNG

Neue Titelbezeichnungen werden geprüft

BUNDESHAUSHALT

Bundesrat plant Kürzungen

WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG

Bund plant weitere Massnahmen

**Einladung zum Abendanlass BFI FEDERAL
vom 14. März 2023**

Impressum

Münstergasse 64/66, 3011 Bern / T +41 31 351 88 46
info@netzwerk-future.ch, www.netzwerk-future.ch
Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe
erlaubt. // © Netzwerk FUTURE 2022

AUSBILDUNG VON LEHRPERSONEN

Kantonale Kompetenz, Durchlässigkeit und Qualität wahren

In der ersten Sessionswoche behandelt der Nationalrat vier Vorstösse seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N), die das Ziel haben, den Mangel an Lehrpersonen zu bekämpfen. Die Dachorganisation der Schweizer Hochschulen, swissuniversities, bezweifelt, dass die in der Motion vorgeschlagene Abschaffung der Prüfung für Absolvierende einer Berufsmaturität für den Zugang zur Primarlehrpersonenausbildung den aktuellen Mangel nachhaltig mildern würde. Auch der Bundesrat lehnt diese Motion ab. Je nach Situation in den Kantonen braucht es flexible und reversible Massnahmen. Die Pädagogischen Hochschulen (PH) unterstützen ihre Kantone derzeit bei deren Umsetzung. Nur so können die Qualität der Ausbildung und die austarierte Durchlässigkeit des Systems gewahrt werden.

Im Nationalrat sind am 2. März 2023 eine Motion und drei Postulate der WBK-N traktandiert, mit denen der Lehrpersonenmangel bekämpft werden soll. Insbesondere mit der Motion schlägt eine Mehrheit der Kommission eine Änderung vor, die an den Grundsätzen des Bildungssystems rüttelt: Die ergänzende Prüfung für Absolvierende einer Berufsmaturität (BM) zur Zulassung zur Primarlehrpersonenausbildung soll abgeschafft werden. Damit würde das Grundprinzip der kantonalen Kompetenz für die Lehrpersonenausbildung durch eine nationale Regelung übersteuert. Der Bundesrat, swissuniversities und weitere direkt betroffene Akteure lehnen einen solchen Systemwechsel ab. Die Landesregierung erklärt sich jedoch bereit, die Frage zusammen mit den Kantonen (EDK) zu prüfen und unterstützt deshalb das gleichlautende Postulat.

Zugangswegen sichern Qualität

Absolvierende einer BM wie auch solche einer Fachmaturität (FM) nicht pädagogischer Ausrichtung haben bereits heute Zugang zur Primarlehrpersonenausbildung. Der Zugang erfolgt über eine Ergänzungsprüfung, wobei Inhaberinnen und

Inhaber einer BM in der Regel die Möglichkeit haben, eine reduzierte Ergänzungsprüfung abzulegen. Ein prüfungsfreier Zugang ist mit einer gymnasialen Maturität, bestandener Passerelle, FM im Bereich Pädagogik oder für Personen ab 30 Jahren mit Berufserfahrung (Quereinstieg) möglich. Die verschiedenen Wege werden rege genutzt: Die Mehrheit der Studierenden für die Primarstufe bringt heute keine gymnasiale Maturität mit. Eine Lockerung der Zulassungsbedingungen dürfte sich negativ auf die Qualität der Ausbildung an den PH auswirken.

Mangel wird kantonal bekämpft

Der Mangel an Lehrpersonen ist nicht in allen Kantonen gleich akut. Die PH arbeiten eng mit den zuständigen kantonalen Stellen zusammen, um je nach Situation im Kanton dem Mangel entgegenzuwirken. Dazu braucht es rasche, flexible und reversible Massnahmen. Bereits umgesetzte Massnahmen sind die Ermöglichung von Quereinstiegen, berufsbegleitendem oder -integriertem Teilzeit-Studium und Unterbrüchen des Studiums zu Unterrichtszwecken. Zudem wird die Berufseinführung weiterentwickelt und es werden Kurse, Beratungen und Coachings für Neueinsteigerinnen angeboten. Die irreversible Abschaffung der Ergänzungsprüfung für Absolvierende einer BM ist hingegen keine wirkungsvolle Massnahme, um den Lehrpersonenmangel nachhaltig zu mildern, und würde gegen den Willen der involvierten Akteure durchgesetzt.

Austarierte Durchlässigkeit gefährdet

Die drei Hochschultypen Universitäten, Fachhochschulen und PH ergänzen einander und das System ist durchlässig. Jeder Abschluss auf Maturitätsstufe ermöglicht den Zugang zu jedem Hochschultyp. Dazu werden teilweise zusätzliche Leistungen wie Berufspraktika oder Prüfungen gefordert, um die noch fehlenden Kompetenzen zu erwerben. Wenn die Prüfung zur Zulassung an die PH für Absolvierende einer BM abgeschafft wird, gerät die austarierte Durchlässigkeit ins Wanken. Es würde sich die Frage der direkten Zulassung in weiteren Fällen stellen, etwa für Absolvierende einer FM nicht pädagogischer Ausrichtung an die PH oder für Berufsmaturanden an alle Studiengänge der Fachhochschulen.

Abstimmungsempfehlung des Netzwerks FUTURE

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt, die Motion 22.4268 «Prüfungsfreier Zugang mit der Berufsmatura zu Pädagogischen Hochschulen für die Ausbildung zur Primarlehrperson» abzulehnen.

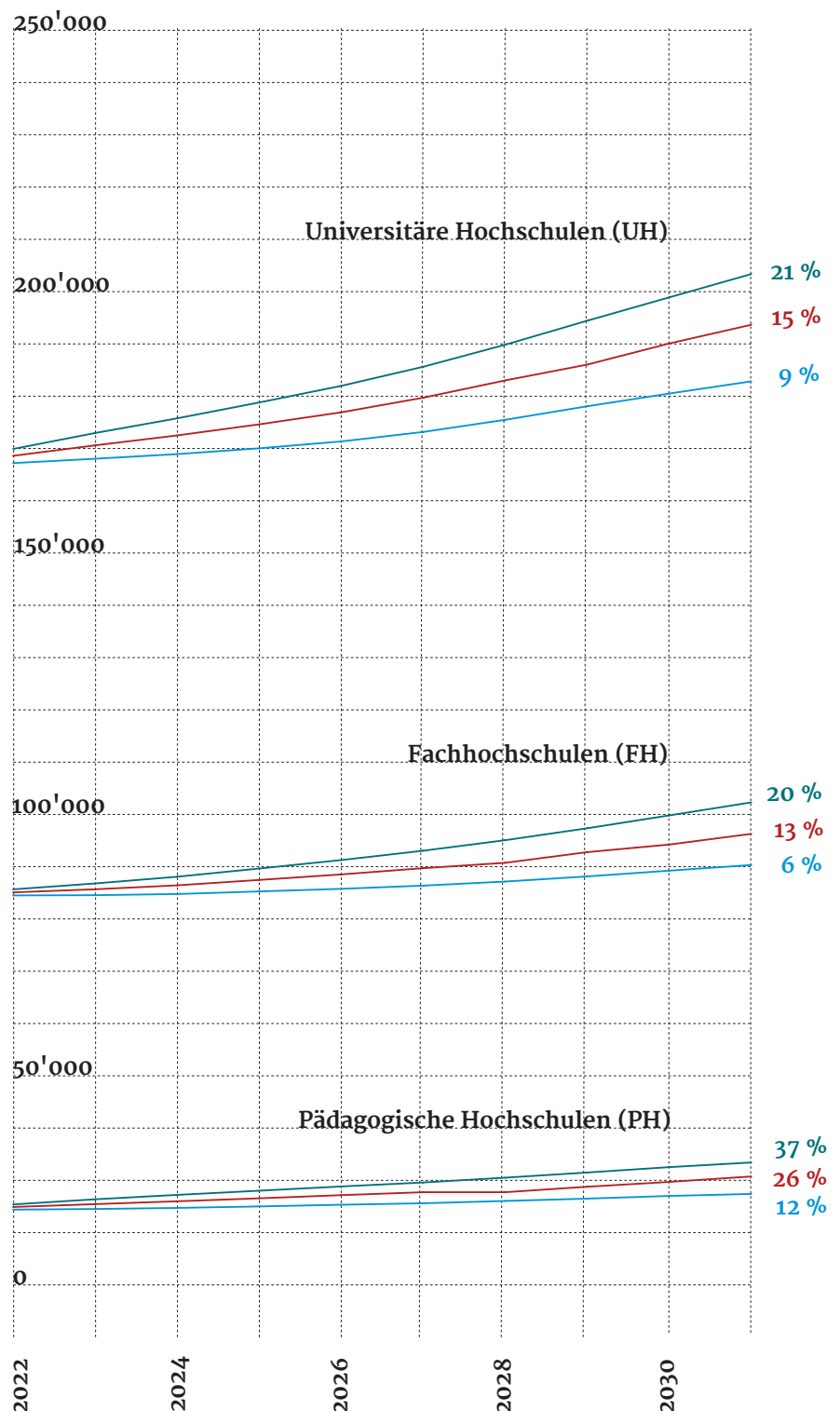
FACTS & FIGURES

Starkes Wachstum der Studierendenzahlen insbesondere an den PH

Aufgrund der Covid-19-Pandemie begannen viele Personen mit gymnasialer Maturität in den Jahren 2020 und 2021 rascher ein Studium an einer universitären Hochschule (UH). Zeitgleich stieg die Zahl der ausländischen Studierenden auf Masterstufe stark an. Das Bundesamt für Statistik (BFS) geht in den jüngsten Szenarien deshalb von einer zunächst leichten Zunahme der Studierendenzahlen an UH im Jahr 2022 aus. Für die Periode 2022-2031 erwartet es ein Wachstum von 15% an den Universitäten. Ein starkes Studierendenwachstum wird an den Pädagogischen Hochschulen (PH) vorausgesagt: das mittlere Szenario rechnet mit 26% mehr Studierenden im Jahr 2031. Die vor zwei Jahren gemachten Prognosen für die Periode 2020-2029 waren mit 13,2% Wachstum an den UH und 19% an den PH einiges tiefer ausgefallen. An den Fachhochschulen (FH) rechnet das BFS mit einer Zunahme der Studierendenzahlen von 13% bis 2031. Das entspricht ungefähr den Prognosen für die Periode 2020-2029.

Entwicklung der Studierendenzahlen bis im Jahr 2031

Szenario hoch
Referenzszenario
Szenario tief



Quelle: BFS

HÖHERE BERUFSBILDUNG

Neue Titelbezeichnungen werden geprüft

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) unterstützt mit 12 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung eine Motion, welche die Einführung neuer Titelbezeichnungen («Professional Bachelor» und «Professional Master») für Abschlüsse der höheren Berufsbildung fordert. Der Ständerat wird die Vorlage am 6. März 2023 als Zweitrat behandeln. Die Einführung von neuen ergänzenden Titeln wird von der Bundesverwaltung bereits als Teil eines Massnahmenpakets zur Stärkung der höheren Berufsbildung geprüft. Der Bundesrat wird hierzu in der kommenden Legislatur eine Botschaft zuhanden des Parlaments verabschieden. Die Dachorganisationen der Schweizer Hochschulen, swissuniversities, unterstützt die verschiedenen Massnahmen zur Stärkung der höheren Berufsbildung, lehnt die Einführung der auf dem Bologna-System beruhenden akademischen Titelbezeichnungen (Bachelor und Master) jedoch entschieden ab. Mit diesen aus der Hochschulwelt entlehnten Titeln für Abschlüsse der Höheren Fachschulen (HF) gäbe es eine Vermischung der Titelstrukturen der Berufsbildung und der Hochschulbildung. Insbesondere für die Fachhochschulen (FH), deren Bachelor- und Masterabschlüsse nur mit einer forschungsbasierten Ausbildung mit hoher Praxisnähe zu erreichen sind, wäre das problematisch. Dies würde der Profilschärfung der unterschiedlichen Hochschultypen, an welcher die Hochschulen im Auftrag der Politik seit Jahren arbeiten, entgegenwirken.

BUNDESHAUSHALT

Bundesrat plant Kürzungen

Der Bundesrat traf mit Blick auf den Voranschlag 2024 und die folgenden Finanzplanjahre erste Grundsatzentscheide, welche auch den BFI-Bereich betreffen. Mit dem Ziel, die Schuldenbremse einzuhalten, beschloss er Bereinigungsmassnahmen, die vor allem auf der Ausgabenseite ansetzen. Er sieht unter anderem vor, den Pflichtbeitrag für eine Assoziierung am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» ab dem Jahr 2024 nicht mehr zu budgetieren. Sollte sich eine Assoziierung abzeichnen, würde der Pflichtbeitrag mittels Nachtragskredit beantragt werden. Zusätzlich beschloss der Bundesrat für den Voranschlag 2024 und in den Finanzplanjahren lineare Kürzungen von 2 Prozent bei den schwach gebundenen Ausgaben, zu denen der BFI-Bereich gehört.

WISSENSCHAFTLICHE POLITIKBERATUNG

Bund plant weitere Massnahmen

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) nahm den Bericht «Wissenschaftliches Potenzial für Krisenzeiten nutzen» des Bundesrates zur Kenntnis und liess sich über die seitens der Verwaltung geplanten Schritte informieren. Vor diesem Hintergrund beantragt sie ihrem Rat, die Motion «Post-Covid-19. Für eine ständige Plattform von wissenschaftlichen Expertinnen und Experten» abzulehnen. Diese ist am Mittwoch der ersten Sessionswoche traktandiert. Die Kommission unterstützt zwar die Absicht der Motion, ist aber der Meinung, dass bereits Massnahmen in diese Richtung geprüft wurden und geplant sind. Basierend auf den ihr aktuell zur Verfügung stehenden Informationen zeigt sie sich mit diesen Massnahmen zufrieden.

BFI FEDERAL: «Bildung, Forschung und Innovation an einem Wendepunkt?» am 14. März 2023 im Hotel Bellevue, Bern

Das Netzwerk FUTURE lädt Sie im Rahmen von BFI FEDERAL herzlich zu einem Abendanlass mit Vertreterinnen und Vertretern der Schweizer Hochschulen, der Forschungs- und Innovationsförderung, der Wirtschaft und der Politik ein.

Das Programm beginnt mit einem Referat der Staatssekretärin für Bildung, Forschung und Innovation, Martina Hirayama, gefolgt von einer Rede des EU-Botschafters in der Schweiz, Petros Mavromichalis. Im Anschluss diskutieren NR Christian Wasserfallen, SR Eva Herzog, Luciana Vaccaro (Präsidentin swissuniversities), Martin Vetterli (Präsident EPFL), Annalise Eggimann (Direktorin Innosuisse) und Matthias Leuenberger (Präsident scienceindustries) auf dem Podium die finanz- und aussenpolitischen Herausforderungen des BFI-Bereichs. Im Rahmen eines Flying Dinners werden die Diskussionen fortgeführt.



Das Netzwerk FUTURE freut sich auf diesen Austausch am **Dienstag, 14. März 2023, ab 17:30 Uhr im Hotel Bellevue** in Bern, und dankt Ihnen für Ihre Anmeldung via nebenstehenden QR-Code oder per E-Mail an info@netzwerk-future.ch.